

Jüdische Gemeinde Wiesbaden

Kein Zutritt für AfD-Politiker

Die jüdische Gemeinde in Wiesbaden hat dem ebenfalls jüdischen AfD-Politiker Dimitri Schulz den Zutritt verwehrt. Die Partei sieht dahinter politische Gründe.

Von OLIVER BOCK



© dpa

Dem AfD-Landtagsabgeordneten Dimitri Schulz wurde der Zutritt zur Jüdischen Gemeinde Wiesbaden verwehrt (Symbolbild).

Dem jüdischen AfD-Landtagsabgeordneten und Wiesbadener Stadtverordneten Dimitri Schulz ist am Donnerstag vergangener Woche der Zutritt zur Jüdischen Gemeinde Wiesbaden versagt worden. Schulz hatte als AfD-Landtagsabgeordneter an einer Veranstaltung zur „Woche der Brüderlichkeit“ teilnehmen wollen. Während die AfD hinter der Abweisung „politische Gründe und Spannungen innerhalb der Jüdischen Gemeinde“ vermutet, verweist die Gemeinde zunächst einmal auf ihre Regularien. Schulz habe sich zu spät angemeldet und sei daher nicht auf der Teilnehmerliste verzeichnet gewesen. Das bestätigt auch die AfD. Schulz habe sich zwar „etwas verspätet“, aber schriftlich angemeldet.

Fraglich bleibt, ob Schulz bei rechtzeitiger Anmeldung Zugang gewährt worden wäre. In einer Erklärung der Jüdischen Gemeinde heißt es, das viele, gerade ältere Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft angesichts des Auftretens von AfD-Repräsentanten mehr als besorgt seien und sich mitunter sogar bedroht fühlten. Dennoch werde AfD-Vertretern, die Mitglieder des Landtages oder der Stadtverordnetenversammlung sind, aus Respekt vor der politischen Institution der Zugang zu öffentlichen Veranstaltungen der Jüdischen Gemeinde gestattet. Allerdings nur, sofern sie Anmelderegularien einhielten.

Die AfD reagierte auf die Abweisung von Schulz durch Gemeindevorstand Jacob Gutmark mit deutlicher Kritik: „Hat Dr. Jacob Gutmark den Sinn der ‚Woche der Brüderlichkeit‘ nicht verstanden?“, heißt es in einer Mitteilung. Schulz, der Mitbegründer des Vereins „Juden in der AfD“ ist, hat nach eigener Darstellung im Hessischen Landtag an der ersten von insgesamt vier Veranstaltungen der „Woche der Brüderlichkeit“ teilgenommen. Zur dritten

Veranstaltung in der Jüdischen Gemeinde, einem Abend der Begegnung mit dem Rabbiner Jehoschua Ahrens, sei ihm dann der Zutritt verwehrt worden.

Fraktionsvorsitzender Lambrou ist verwundert

Ihm sei zu verstehen gegeben worden, dass ein Gemeindemitglied seinen Austritt angekündigt hätte für den Fall, dass Schulz noch einmal in die Gemeinde käme. Der AfD-Fraktionsvorsitzende Robert Lambrou zeigt sich verwundert über den Vorgang und sieht einen deutlichen Widerspruch zum Motto „Mensch, wo bist du? – Gemeinsam gegen Judenfeindschaft“ der „Woche der Brüderlichkeit“ und den Zielen der veranstaltenden Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Lambrou vermutet, dass politische Gründe eine Rolle spielten. Die AfD werde offiziell von vielen jüdischen Gemeinden abgelehnt, während gleichzeitig immer mehr konservative Gemeindemitglieder die AfD wählten.

Die Jüdische Gemeinde Wiesbaden hingegen setzt sich in einer gestern verbreiteten Reaktion auf die Vorwürfe der AfD dezidiert nur mit der „Person Dimitri Schulz“ auseinander. Dieser gebe vor, Jude zu sein. Er bekenne sich aber in seinen öffentlichen Facebook-Kommentaren zu Jesus als dem Messias. Damit ordne er sich einer „aggressiv-missionarisch und sektenartig agierenden christlichen Richtung“ zu, deren Anhänger schon in der Vergangenheit in jüdischen Gemeinden aufgetreten seien und für Beunruhigung gesorgt hätten. Vor diesem Hintergrund hätten Mitglieder angekündigt, Gemeindeveranstaltungen zu verlassen, wenn Schulz die Gemeinde betreten dürfe. „Da die Interessen und die Besorgnis unserer Gemeindemitglieder weit schwerer wiegen als der Wunsch eines vorgeblich jüdischen Besuchers, der den Gemeindeinteressen schadet“, sei Schulz gebeten worden, die Gemeinde künftig nicht mehr zu besuchen. Nachdem Schulz erklärt habe, dies zu respektieren, „ist diese Angelegenheit für uns abgeschlossen“.

Quelle: F.A.Z.